

Rudolf Freudenberg: "Insbesondere nach dem Boykott des 1. April 1933 haben sich die Anweisungen aller nationalsozialistischen Einrichtungen und Verbände, jüdische Ärzte nicht mehr zu konsultieren, deutlich fühlbar gemacht, ..."

Zitat zu Dr. Freudenberg: "SA-Leute standen sehr häufig vor der Praxis von Dr. R. Freudenberg und schrieben die Leute auf, die zur Behandlung gingen."

Berta Heß: "Der antijüdische Wirtschaftsboykott des Nationalsozialismus wirkte sich gegen meinen Ehemann Anfang 1934 durch Entziehung seiner Zulassung zum Frankfurter Schlacht- und Viehhof aus."

Gastwirt Philipp V.: "Bis 1939 verkehrten die Juden in meinem Lokal. Trotz vieler Aufforderungen habe ich nie die Schilder »Deutsches Geschäft« und »Juden sind unerwünscht« angebracht."

Zitat zu Dr. Göbel: "Er habe sie behandelt wie jeden anderen Patienten, während der andere Arzt in Bergen, Dr. Müller, die Behandlung von Juden ablehnte."

Francis Hirsch: "Unter anderem möchte ich noch erwähnen, daß Pfarrer Karl Wessendorf ein guter Freund aller jüdischen Einwohner in Bergen war."

Die NSDAP-Ortsgruppe sorgte dafür, daß Geschäfte in Bergen-Enkheim die Bezeichnung »Deutsches Geschäft« führten und Schilder in ihren Schaufenstern hatten »Juden sind hier unerwünscht«.

Die wirtschaftlichen Boykotte hatten zur Folge, daß zwischen 1933 und 1937 von den 36 jüdischen Geschäften in Bergen-Enkheim 29 Geschäfte geschlossen wurden, bis zum 31. Dezember 1938 waren dann alle Geschäfte und Gewerbebetriebe eingestellt.

Eine direkte Übernahme von jüdischen Geschäften (Arisierung) hat es in Bergen nicht gegeben.



Schild
"Juden haben keinen Zutritt!"

Schild in einem Hanauer Friseurgeschäft
Foto: Kreisbildstelle Hanau



Bedingt durch den zunehmenden Terror kam es ab 1936 zu sehr vielen Verkäufen von Grund und Boden aus jüdischem Besitz. Vor allem wechselten neben Wohnhäusern sehr viele Grundstücke, die bis dahin als Weide-, Gartenland, Wiese, Obstbestände, Äcker genutzt wurden, die Besitzer. Auch Bauland wechselte die Besitzer. Die Hintergründe dieser Verkäufe lassen sich nicht mehr genau ermitteln. Die Käufer waren häufig durch die jüdischen Besitzer selbst ausgesucht und in der Regel keine Parteigenossen. Nach 1945 gab es in Bergen noch 7 Häuser, die nicht die Besitzer gewechselt haben. Insgesamt - nach den vorliegenden Unterlagen - wurden in Bergen mehr als 30 Häuser und ca. 100 Grundstücke von jüdischen Bürgern verkauft.

"Dene Halunke kriech ich nett uff de Leim"
Heinrich Hirsch, 1908 in Bergen geboren, war der erste Auswanderer aus Bergen in die USA. Ihm wird die zitierte Antwort an alle, die ihn zum Bleiben überreden wollten, zugeschrieben.

Seine Mutter zog 1935 nach Frankfurt und wurde nach Riga deportiert. Die Berger Juden waren dort verwurzelt, und es waren einfache Menschen ohne weitläufige auswärtige Verbindungen und Verwandte. Aus diesen Gründen fiel es vielen schwer, sich für die Auswanderung zu entscheiden und diese dann zu organisieren. Viele sind von Bergen nach Frankfurt gezogen, weil in Frankfurt neben den (soweit noch vorhandenen) Arbeitsplätzen, die Behörden waren, die Stellen der Israelitischen Gemeinde die in Auswanderungsfragen berieten, Jüdische Zeitungen usw. Insgesamt zogen von 1934 - 1941 mehr als 75 Personen aus Bergen nach Frankfurt. Von dort aus traten sie dann, wie viele ihrer in Bergen ansässig gebliebenen Mitbürger den Weg in die Emigration an. Für mehr als 80 jüdische BürgerInnen aus Bergen ließ sich feststellen, daß ihnen die Flucht aus Deutschland gelungen ist. Hauptausreiseland waren die USA, wohin mehr als 50 Personen emigrierten. Weitere Zielländer waren: Südamerika, Südafrika, England, Holland, Palästina, Australien. Die Akten der ehemaligen Devisenstelle S geben Auskunft über die unendlichen bürokratischen Schwierigkeiten bei der Vorbereitung der Auswanderung.

Wohnhaus und Laden von Mina Nachmann,
Marktstraße 72
Foto: Helmut Ulshöfer

Während in Deutschland die Terrorakte gegenüber der jüdischen Bevölkerung (Pogromnacht) bereits wieder eingestellt waren, begann in Bergen am 10. November der Terror gegen die jüdische Bevölkerung.

In einem Bericht, den ein Meister der Schutzpolizei am 11.8.1945 gegenüber der amerikanischen Militärregierung abgab, heißt es wie folgt:
"Es war im Jahre 1938, als überall eine Aktion gegen das jüdische Besitztum einsetzte. Auch in hiesiger Gemeinde erfolgte diese Aktion. Es wurde nun an verschiedenen Stellen bei jüdischen Familien Terrorakte und Diebstähle ausgeführt,



wo ich zum Schutz von den einzelnen Familien angehalten wurde. Soweit ich mich noch heute entsinnen kann, begann diese Aktion hauptsächlich bei der Familie H., Schu-H., hier und bei der Familie H. im Sperber. Bei H. wurden aus dem Lager Schuhe aller Art gestohlen, hierbei zeichnete sich der Schuldiener O. besonders aus, indem er die Schuhe aus dem Fenster warf. Ich entfernte O.,

worauf dieser auch gleich fortging. Bei meinem schnellen Einschreiten wurden die gestohlenen Schuhe zum größten Teil wieder herbeigeschafft. ... Auch war ein W. bei der Aktion stark beteiligt und führte große Reden. Auf dem Hof der Gastwirtschaft G. hier in der Marktstraße habe ich auch verschiedenen jungen Leuten Schuhe abgenommen. Hier drohte sogar eine Person mit dem Erschießen, falls ich nicht sofort den Hof verließ. Bei schnellem Einschreiten stellte sich jedoch heraus, daß dieser keine Waffe bei sich hatte. ...

Aus der Gastwirtschaft holte ich jedenfalls einige Paar Schuhe heraus, welche dort versteckt waren und von den Leuten bei meinem Einschreiten zurückgelassen wurden. Der ehemalige Nachtwächter L. war wohl in der Nähe, als die Diebstähle ausgeführt wurden. Ich kann aber nicht sagen, ob der dabei beteiligt war. Es wurden auch einige Personen zwecks Feststellung der Personalien festgenommen, und ich habe später gegen dieselben eine Anzeige eingeschickt. Zu erwähnen ist noch, daß B. vor der Aktion die alte Frau H. durch Schläge und sonstige Mißhandlungen schwer verletzte. Bei H. im Sperber wurde Alkohol entwendet, da dort eine Schnapsbrennerei war. Wer hier beteiligt war, weiß ich heute nicht mehr. Auch bei Nach der Zerstörung der Geschäfte, Wohnungen und Friedhöfe begann am späten Nachmittag des 10. November die Zerstörung der Synagoge. Darüber berichtete 1987 eine Augenzeugin in einem Interview: "Ich war zu dieser Zeit, 1938, noch ein Kind und erlebte gemeinsam mit einer Schulfreundin von ihrem Elternhaus aus, wie viele halbwüchsige Schüler, die Mützen gefüllt mit Steinen, sich in der Erbsengasse aufhielten, als ein SA-Mann am Eingang der Erbsengasse auftauchte und das Kommando gab: "Anfangen". Der SA-Mann ist mit einem Beil auf die Synagogeneinrichtung losgegangen und hat Bänke, Tische usw. zerschlagen. Später beteiligten sich immer mehr Menschen an den Zerstörungen, hauptsächlich der Mob von Bergen."

Im Jahr 1939 kam es zu einem weiteren Zwischenfall, als eine Gruppe von Marktburschen in ein jüdisches Haus eindrangen, die Bewohner mißhandelten und Verwüstungen anrichteten. In einem Zeitungsbericht über diese Straftaten, ist keine Rede davon, das es sich bei den Mißhandelten um jüdische Bürger handelte. Bezeichnend ist weiterhin, daß nur in der Hanauer Zeitung ein Bericht zu diesem Vorfall zu finden ist, während in der lokalen Zeitung zu diesem Vorfall keine Zeile zu finden ist.

Die jüdischen Familien wurden ab 1938 zwangsweise in folgenden Häusern zusammengelegt: Günthersgasse 2, Im Sperber 6, Marktstr. 42, Marktstr. 45, Marktstr. 51, Marktstr. 87, Offenbacher Landstr. 1, Rathausgasse 5, Rathausgasse 7, Schwindegasse 2, Steingasse 28. In zwei Sammeltransporten wurden sie am 30. Mai und 5. September 1942 aus diesen Häusern deportiert.

Nach der Benachrichtigung durch die Ortspolizei hatten sich die Juden im Rathaus

zu melden. Von dort mußten sie, begleitet vom SA-Führer und den Ortspolizisten durch Bergen und Enkheim hinunter zum Bahnhof Mainkur marschieren. Von dort wurden sie nach Hanau gebracht, wo die jüdischen Familien aus dem Landkreis Hanau zusammengetrieben wurden. Insgesamt wurden vom Hanauer Hauptbahnhof am 1. Juni 1942 93 Menschen und am 5. September 1942 75 Personen in die Todeslager verschickt und dort ermordet.

Von den nach Frankfurt gezogenen Berger Juden wurden 1941 - 1943 nachweislich 68 deportiert.

Jenny Hahn während der Deportation
am Hanauer Hauptbahnhof 1. Juni 1942.

Foto: Kreisbildstelle Hanau

H. mußte ich einschreiten und einige Personen gewaltsam aus dem Hause entfernen.

Nach und nach wurden bei allen jüdischen Familien Terrorakte ausgeführt. Ein M. aus dem Sperber soll bei der Aktion auch eine große Rolle gespielt haben. Jedoch habe ich diesen nicht angetroffen. Im Sperber soll ein P. bei dem Schuhdiebstahl bei H. beteiligt gewesen sein, worüber aber die Ehefrau E. (Gastwirtschaft) Auskunft geben kann. Diese hat auch mein Einschreiten beobachtet. Ich kann mich aber heute leider nicht mehr entsinnen, wer alles beteiligt gewesen ist. ...

Über alle Einzelheiten und Einschreiten hatte ich mir bei der Nazipartei viele Feinde geschaffen. ..."



Synagoge 2 Tage nach der Zerstörung

Foto: Hessisches Hauptstaatsarchiv

Nach der Befreiung vom Faschismus, dem 08. Mai 1945 änderte sich auch in Bergen-Enkheim zunächst nicht sehr viel. Der Bürgermeister der Gemeinde, seit dem 01. April 1933 im Amt wurde von den Amerikanern weiterhin als Bürgermeister eingesetzt. Erst nachdem die Gerüchte nicht verstummen wollten, daß er an der Zerstörung der Synagoge am 10. November 1938 beteiligt gewesen sei, wurde er seines Amtes enthoben. Am 15. April 1947 wurde dann gegen ihn und vier weitere Angeklagte vor der 1. Strafkammer des Landgerichtes in Frankfurt der Prozeß wegen der Zerstörung der Synagoge eröffnet. Gegen das ergangene Urteil legten vier der Verurteilten von 1947 (einer der Angeklagten war freigesprochen worden) Revision ein, was auf einer Sitzung des Strafsenates des Oberlandgerichtes in Frankfurt vom 28. Januar 1948 anerkannt wurde. Erst 1950 lagen gegen die verbliebenen Angeklagten rechtskräftige Urteile vor, deren Straßmaß gegenüber der ersten Verhandlung sehr reduziert war.

Mitte der 50er Jahre, als sich die Bundesrepublik um internationale Anerkennung bemühte, begannen die Rückerstattungs- und Entschädigungsverfahren von verfolgten Juden. Die Wiedergutmachungsleistungen umfaßten die Rückerstattung



des Eigentums der Juden sowie Entschädigungen für Ausbildungsunterbrechungen, Zwangsabgaben, Lagerhaft- und Zwangsarbeitszeiten sowie Renten.

Die Verwaltung Bergen-Enkheim hat die Bemühungen der Emigrierten um Nachweise und Zeugnisse rückhaltlos unterstützt. Erschwerend stellte sich dabei allerdings heraus, daß sowohl bei der Gemeinde, wie auch bei der für Bergen-Enkheim zuständigen Kreisverwaltung in Hanau kaum Akten, Dokumente und Unterlagen aufzutreiben waren. In Hanau war in den letzten Tagen des Krieges das Gebäude der Kreisverwaltung zerstört worden; und in Bergen-Enkheim wird vermutet, daß durch die zuständige Gemeindeverwaltung diverse Unterlagen beiseite geschafft wurden.

Die Gemeinde Bergen-Enkheim bemühte sich, die Erinnerung an die ehemalige jüdische Gemeinde von Bergen-Enkheim zu bewahren. So ließ sie in den unmittelbaren Nachkriegsjahren die beiden zerstörten jüdische Friedhöfe wieder herrichten.

Auf Initiative von Pfarrer Wessendorf brachte die Gemeinde im Jahr 1962 eine Gedenktafel an die jüdische Gemeinde am Platz der ehemaligen Synagoge an. Als diese unter großer Anteilnahme von Personen des öffentlichen Lebens eingeweiht wurde, erklärte Bürgermeister Schubert in seiner Rede: "Ich enthülle nun die Gedenktafel und nehme sie in den Schutz und in die Obhut der Gemeinde. Wir verpflichten uns, diese Gedächtnistafel, dieses Mahnmal sorgsam in acht zu halten und pfleglich zu betreuen. Wir wollen die Würde und die Ehre eines jeden Menschen achten und der Besserung und dem Frieden dienen."



Gedenktafel am Platz der ehemaligen Synagoge
Foto: Hannelore Hummel

Pfarrer Karl Wessendorf veröffentlichte Anfang der 60er Jahre nach langen und mühseligen Recherchen als Beilage zur Bergen-Enkheimer Zeitung eine mehrseitige Broschüre »Unsere letzten jüdischen Mitbürger«. Kurz danach (1963) brachte der in Bergen-Enkheim geborene und später nach Guatemala emigrierte Ludwig Rosenthal sein Buch »Zur Geschichte der Juden im Gebiet der ehemaligen Grafschaft Hanau« heraus. Bei beiden Arbeiten leistete die Gemeinde Bergen-Enkheim finanzielle und ideelle Unterstützung.

Durch einen Antrag der GRÜNEN im Ortsbeirat Bergen-Enkheim vom 18. April 1986 wurde die Erinnerung an die jüdische Gemeinde wieder wachgerufen. Die GRÜNEN forderten, die Straßen des Neubaugebietes 'Hinter den Obergärten' (in diesem Gebiet hatten viele Juden Grundstücke besessen) nach jüdischen Bürgern zu benennen. Der Antrag löste heftige Diskussionen und Auseinandersetzungen aus. Als Ergebnis wurden zwei Straßen nach jüdischen Bürgern benannt, die Leopold-Ehrmann-Straße und die Sophie-Rosenthal-Straße. Eine weitere Straße wurde nach Pfarrer Karl Wessendorf benannt.



Fotos: Hannelore Hummel

Angeregt durch die Diskussion über die Straßenbenennung erschien im Jahr 1988 das Buch »Jüdische Gemeinde Bergen-Enkheim 1933 - 1942«, von Helmut Ulshöfer.

Zusammen mit den Arbeiten von Ludwig Rosenthal und Pfarrer Karl Wessendorf bildet dieses Buch die Grundlage für die hier vorgestellte Ausstellung über Juden in Bergen-Enkheim.

Besonderer Dank gilt dabei den aus Bergen vertriebenen Juden, die durch Fotografien, Dokumente und Berichte zum Gelingen dieser Ausstellung beigetragen haben. Sie haben es häufig in Erinnerung an eine schöne Zeit in Bergen vor 1933 getan und mit der Hoffnung, daß man sie trotz der Vertreibung nicht vergessen wird. Das Thema ist nicht abgeschlossen. Wir wünschen, daß die Ausstellung Anregung zur Weiterbeschäftigung mit den vergessenen Nachbarn bietet.

Ein Wagen des historischen Festzuges
zur Feier der Stadterhebung 1968.

Foto: Kreisbildstelle Hanau

Helmut Ulshöfer, Bergen-Enkheim, 9. Februar 1995